



Die Versprechen der Demokratie

Voraussichtliche Erscheinungstermine: 24.9., 26.9., 27.9. (Print) und 29.9. (nur online)

**Liebe
Kolleginnen,
liebe
Kollegen,
herzlich
willkommen!**

Der DVPW-Kongress soll einen Beitrag zur Beantwortung der Fragen liefern, wie es heute um die ‚Demokratie‘ als politische Ordnungsform und als politische Idee zu Beginn des 21. Jahrhunderts bestellt ist und welche Schlüsse sich daraus für eine zukünftige Demokratiepoltik ziehen lassen.

Mit den ‚Versprechen der Demokratie‘ soll es um eine Situationsbeschreibung der modernen Demokratie mit ihren verschiedenen empirischen Facetten und ihren normativen Begründungszusammenhängen gehen. Damit steht die Thematik dieses Kongresses direkt

im Zentrum aktueller politischer und politikwissenschaftlicher Debatten. Die Politikwissenschaft ist hier in all ihren Teilbereichen gefordert, präzise Befunde zu erarbeiten, die politischen Entwicklungen theoretisch zu reflektieren und sich an der Diskussion von Zukunftsperspektiven und Problemlösungen zu beteiligen. Der Kongress mit seinem umfangreichen Programm soll zugleich dem Anliegen der vielen Spezialisten in unserem Fach gerecht werden als auch das Bedürfnis nach Überblicksinformation befriedigen.

Ich wünsche Ihnen für die nächsten fünf Tage auf den Veranstaltungen des Kongresses und bei den Gesprächen am Rande bereichernde Diskussionen, inhaltliche Anregungen und intellektuelles Vergnügen. ●



Prof. Dr. Hubertus Buchstein
Vorsitzender der DVPW

Programmergänzung und Raumänderungen

Programmergänzung

Workshop: Direkte und deliberative Demokratie

Termin: Freitag, 28.09.12, 14 s.t. – 16 Uhr

Eberhard Karls Universität Tübingen,

„Neue Aula“, Raum 237, 2. OG

Raumänderungen

Themengruppe „Verfassung und Politik“

Konstitutionelle Formen demokratischer Selbstbindung

Donnerstag, 27.09.12, 15.30 – 18.30 Uhr

Freitag, 28.09.12, 9 – 12.30 Uhr

Eberhard Karls Universität Tübingen,

„Neue Aula“, Raum 237, 2. OG

PC-Pool

Die Universität Tübingen kann mehrere PCs mit Internetzugang zur öffentlichen Nutzung zur Verfügung stellen. Sie finden den PC-Pool in folgendem Raum:

Eberhard Karls Universität Tübingen,

„Neue Aula“, Raum 236, 2. OG

Was muss Demokratie heute leisten?

Demokratie hat ihren Charme nicht verloren. Wenn die Völker in Nordafrika gegen ihre autoritären Regime aufbegehren, dann tun sie dies, weil sie an die Versprechen der Demokratie glauben. Sie glauben an Teilhabe, Gerechtigkeit, Wohlstand, Sicherheit und Frieden. Demgegenüber ist andernorts Demokratie in großer Erklärungsnot: Wenn nämlich Eliten im Zuge der Finanzkrise an Parlamenten vorbei immense Rettungspakete verabschieden und keine Zeit für gründliche parlamentarische Beratung oder gar Volksentscheide bleibt. Auch werden Stimmen zunehmend salonfähig, die danach fragen, ob Demokratie heute angesichts des Aufschwungs Chinas als autoritäres Land überhaupt noch eine zeitgemäße und effiziente Gesellschaftsform darstellt.

Spätestens hiermit ist die Debatte eröffnet: Was sollte und was muss Demokratie heute leisten? Warum ist Teilhabe in der Praxis so schwer? Und wie zukunftsfähig ist Demokratie? Die Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), in der nahezu alle Politikwissenschaftler in Deutschland organisiert sind, wird sich diesen Fragen in Tübingen stellen. In der Universitätsstadt findet vom 24. bis 28.9.12 das Gipfeltreffen all jener Wissenschaftler statt, die auf Politik schauen und politische Verhältnisse in Deutschland und der Welt analysieren. Über 800 Experten werden erwartet.

„Uns geht es in erster Linie um eine Situationsbeschreibung der modernen Demokratie. Damit befinden wir uns inmitten der öffentlichen Diskussion“, sagt DVPW-Vorsitzender Prof. Dr. Hubertus Buchstein. „Demokratie tritt mit ihren Versprechen stets als Hoffnungsträger und zugleich auch als Anlass vielfacher Enttäuschungen auf.“ Ein gutes Beispiel hierfür sei die EU. „Die Hoffnung auf eine weitere Demokratisierung der EU-Institutionen wird von vielen Wissenschaftlern inzwischen eher skeptisch beurteilt“, sagt Prof. Buchstein. Dies liege vor allem an dem großen Dilemma von Demokratie: Die Entscheidungen müssen im politischen Tagesgeschäft angesichts der Finanzkrise meist recht kurzfristig und effizient getroffen werden, sie sollen aber zugleich von möglichst vielen mitgetragen werden. Da sind Enttäuschungen oftmals vorprogrammiert, die sich dann z. B. in sinkender Wahlbeteiligung oder dem Aufstieg populistischer Parteien in anderen Ländern Europas widerspiegeln.

Augenscheinliche Nutznießer dieser Entwicklung in Deutschland waren zuletzt die ‚Piraten‘. Sie gelten für viele Menschen in Deutschland und Europa als die Hüter der Demokratie, da sie über das Medium Internet ihre ‚liquid democracy‘ feiern und Mitsprache zum Grundprinzip in Chats, Foren und Parteizielen erklären. Doch auch für diese junge Partei könnte das Dilemma von Effizienz

und breiter Teilhabe noch zur Sollbruchstelle werden, glaubt Prof. Buchstein. Schon jetzt sei festzustellen, dass selbst die Piraten eine totale Transparenz ihrer Entscheidungsprozesse angesichts der Schlagzeilen-Schlacht in der Mediendemokratie nicht hinbekommen. „Es bleibt spannend zu beobachten, wie sehr sich diese Partei dem Politikbetrieb anpasst bzw. wie stark sie ihn tatsächlich verändern wird. Immerhin spielt sie schon jetzt indirekt eine wichtige Rolle bei der Regierungsbildung auf Bundesebene: Wenn sie nämlich ins Parlament kommen sollte, reicht es derzeit weder für Schwarz-Gelb noch für Rot-Grün.“ Selbstverständlich wird es auf dem DVPW-Kongress in Tübingen also auch um die Piraten gehen. ●

Augenscheinliche
Nutznießer
dieser
Entwicklung
in Deutschland
waren zuletzt
die ‚Piraten‘.

Stellt Demokratie
heute
angesichts des
Aufschwungs
Chinas als
autoritäres Land
überhaupt noch
eine zeitgemäße
und effiziente
Gesellschaftsform
dar?

Faire und gerechte Partizipation erforderlich

Können globale Finanzmärkte fair und gerecht sein? Sie müssen es sogar, fordert die Münsteraner Politikökonomin Prof. Dr. Brigitte Young: „Gerade weil Finanzmarktstabilität ein öffentliches und kein privates Gut ist, verlangt das Prinzip der Gerechtigkeit, dass der Prozess der Reformverhandlungen fair und gerecht gehandhabt wird“. Aber gerade das Gegenteil erleben BürgerInnen in der derzeitigen Finanz- und Schuldenkrise. Wenn nun die Finanzwelt global

neu aufgestellt werde, muss sichergestellt werden, dass eine faire und gerechte Partizipation der gesellschaftlichen Teilnehmerinnen gewährleistet wird. Durch die Partizipation und das Mitspracherecht der weltweit unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen wird nicht nur Fairness gestärkt, sondern auch die Legitimation der Ergebnisse erhöht – ein Grundprinzip von Demokratie.

Damit Politiker die globalen Folgen ihrer Politikentscheidungen evaluieren und kontrollieren können, ist es unerlässlich, nachvollziehbare



Prof. Dr. Brigitte Young

Indikatoren einzuführen, die die Folgeabschätzungen der globalen Gerechtigkeit im Finanzsektor messen. Ein erster Schritt wäre die Zertifizierung von Finanzprodukten wie dies bereits in den Gütermärkten gesetzlich vorgeschrieben ist. „Kein Arzt würde ein Arzneimittel verschreiben, das nicht vorher einem rigorosen Test unterzogen wurde. Komplexe Wertpapiere sind nicht anders zu bewerten“, sagt Prof. Young. ●

Der Bundestag muss seine Ressourcen nutzen

Interview mit Prof. Dr. Roland Lhotta

Das Bundesverfassungsgericht hat den Beitritt Deutschlands zum ESM-Rettungsschirm unter Auflagen gebilligt. Ist das nun ein Sieg für die Demokratie, weil immerhin der Bundestag weiterhin eine Mitsprache behält? Oder nicht eher ein Trauerspiel, weil wieder einmal in letzter Instanz ein Gericht entscheiden musste?

Prof. Lhotta: Das ist ambivalent. Auf europäischer Ebene und gerade in der Finanzmarktkrise verhandeln in erster Linie Regierungen. Die Parlamente müssen dann immer wieder unter hohem Zeitdruck zustimmen, teilweise unter Einbuße oder auch Vorenthaltung relevanter Informationen. Damit verabschieden sich Integrations- und Finanzkrisenpolitik teilweise aus dem Bereich demokratischer Legitimierbarkeit in einem parlamentarischen System. Wenn daraus ein Politikmuster wird, weil dies angeblich ‚alternativlos‘ und sachlich geboten sei, kommt es zur schleichenden Entkopplung von Entscheidungen und den verfassungsmäßig vorgesehenen Prozessen, die in einer Demokratie zu solchen Entscheidungen führen. Das ist ein gravierendes Problem. Insofern ist es gut, dass das BVerfG – wenn auch in fortwährenden Rückzugsgefechten – versucht, die parlamentarische Mitsprache zu sichern.

Da wird doch aber das Vertrauen der Bevölkerung in ihr politisches System auf eine harte Probe gestellt?

Prof. Lhotta: Ganz richtig. Demokratie beruht grundlegend auf der Ressource ‚Vertrauen‘ oder besser gesagt: auf einem Vertrauensvorsprung, den wir durch Wahlen gewähren. Derzeit aber rücken die Regierungen, auch die deutsche, nicht mehr das Vertrauen der Bevölkerung, sondern der Finanzmärkte in den Vordergrund. Wenn sich politisches Handeln auf die Generierung dieses – oft kurzlebigen – Vertrauens verschiebt, verschieben sich auch die Koordinaten einer repräsentativen Demokratie und deren Legitimitätsressourcen.

Braucht es eine Reform des Bundestages, damit dieser schneller und effektiver auf Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft reagieren kann?

Prof. Lhotta: Geschwindigkeit ist für sich genommen keine Aufwertung von Demokratie, und die Versprechen der Demokratie beziehen sich sicher nicht darauf, dass alles immer nur schneller gehen soll. Gerade das in Deutschland so ausgeprägte System der Gewaltenteilung und -verschränkung soll ja auch dazu beitragen, dass politische Entscheidungen öffentlich wahrnehmbar verhandelt, neu verhandelt und auch revidiert werden – ganz sicher ist dies bislang auch ein Faktor der Systemstabilität gewesen, weil die hierdurch notwendigen Kompromisse immer auch die Folgebereitschaft und Legitimität für politische Entscheidungen erhöht haben. Ich denke, dass der Bundestag eigentlich über alle Ressourcen verfügt, um verantwortbare politische Entscheidungen zu treffen, die dann auch von der unterlegenen Minderheit akzeptiert werden. Es ist aber wichtig,

worauf das BVerfG immer wieder hingewiesen hat, dass der Bundestag diese Ressourcen auch nutzt – und seitens der Regierung nicht aus Gründen der Staats-, Integrations- oder Finanzmarkträson umgangen wird.

Eine Partei, nämlich die Piraten-Partei, hat ja versucht, maximale Transparenz in ihre politischen Entscheidungsprozesse zu bringen – und musste eingestehen, dass das letztlich nicht komplett umsetzbar ist. Braucht es nicht in einem politischen Abstimmungsprozess und damit letztlich in der Demokratie eine gewisse Geheimhaltung?

Prof. Lhotta: Natürlich. Man kann nur effektiv verhandeln, wenn nicht

alle mitreden. Die andere Frage ist aber die nach der Wertigkeit und Legitimität der zustande gekommenen Entscheidung. Bei der Finanzkrisenpolitik geht es ans Eingemachte, nämlich die Haushaltssouveränität und das Budgetrecht des Parlaments. Das BVerfG hat mehrfach und zuletzt im Februar 2012 klare Worte gefunden, um gerade vor diesem Hintergrund die „Wahrnehmung der haushaltspolitischen Gesamtverantwortung des Deutschen Bundestages in einem System intergouvernementalen Regierens“ klar zu konturieren. Es legt unmissverständlich dar, „dass der Deutsche Bundestag der Ort ist, an dem eigenverantwortlich über Einnahmen und Ausgaben entschieden wird, auch im Hinblick auf internationale und europäische Verbindlichkeiten (...). Es ist dem Deutschen Bundestag daher untersagt, seine Budgetverantwortung auf andere Akteure derart zu übertragen, dass nicht mehr überschaubare budgetwirksame Belastungen ohne seine vorherige konstitutive Zustimmung eingegangen werden.“ Und des Weiteren: „Die Exekutive soll nicht im Wege der Kreditaufnahme und/oder der Gewährleistungsermächtigung das Budgetrecht des Parlaments aushöhlen oder umgehen können.“ Das darf man sich gerne immer wieder mal in Erinnerung rufen.

Jüngst wurde das wohl bekannteste Zeltcamp Deutschlands, nämlich das der Occupy-Bewegung zwischen den Frankfurter Bankentürmen, freiwillig aufgegeben. Sind wir inzwischen in unserer Demokratie einfach zu satt, als dass wir es schaffen, mit einer Volksbewegung noch nachhaltige Veränderungen zu erzielen?

Prof. Lhotta: Diese Frage hat mich auch beschäftigt. In der Bundesrepublik Deutschland stehen wir wirtschaftlich vergleichsweise gut da. Selbst aus globalen Finanzkrisen sind wir bislang weitgehend unbeschadet herausgekommen. In Spanien, Italien und Portugal, erst recht in Griechenland, produzieren die exzessiven Sparzwänge ganz andere soziale Verwerfungen – gerade die jungen Leute leiden unter unglaublich hoher Arbeitslosigkeit. Das produziert eine ganz andere Betroffenheit und andere Protestdynamiken. Trotzdem halte ich deswegen Occupy in Frankfurt nicht für gescheitert – wo könnte man besser gegen die allgegenwärtige und demokratie-erosive Dominanz der Finanzmärkte protestieren als im Bankenviertel? Allein die hierdurch generierte Aufmerksamkeit und Sensibilisierung für eine gravierende Problematik ist viel wert ... ●



Prof. Dr. Roland Lhotta

Demokratie beruht grundlegend auf der Ressource ‚Vertrauen‘.

Wo könnte man besser gegen die allgegenwärtige und demokratie-erosive Dominanz der Finanzmärkte protestieren als im Bankenviertel?

EU: Demokratie ist in Gefahr

Die Demokratie ist in Europa gleich in zweierlei Hinsicht in Gefahr, warnt Prof. Dr. Frank Nullmeier vom Zentrum für Sozialpolitik an der Universität Bremen: „Die Regierungen der Eurozone diktieren Schuldenländern radikale Einschnitte und fordern diese außerdem auf, die massiven Proteste in der eigenen Bevölkerung zu ignorieren.“ Aber auch in den Wachstumsländern verabschiedet sich schleichend die Demokratie. Exklusive Kreise von Finanzmarkt-Eliten entscheiden über gigantische Rettungsschirme, und zwar im Eiltempo – an den nationalen Parlamenten vorbei. Mit der Folge, dass auch der Souverän, die Bürger, den Überblick über die staatlichen Finanzen verlieren.

Demokratie in Zahlen

(Quelle: Bundeszentrale für pol. Bildung)

Anzahl der Demokratien, die es weltweit im Jahr 2008 gab:	119
Anteil der Demokratien an allen Staaten 2008 weltweit:	62%
Anzahl der Demokratien, die es weltweit im Jahr 1989 gab:	63
Anteil der Demokratien an allen Staaten 1989:	41%

Gesamt-Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009, die zugleich die niedrigste bislang gemessene Wahlbeteiligung bei einer Bundestagswahl war:	70,8%
Höchste Wahlbeteiligung in einem Bundesland (nämlich Hessen) bei der Bundestagswahl 2009:	73,8%
Niedrigste Wahlbeteiligung in einem Bundesland (nämlich Sachsen-Anhalt) bei der Bundestagswahl 2009:	60,5%

Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 in Luxemburg:	90,8%
Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 in Deutschland:	43,3%
Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 in Polen:	24,5%
Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 in der Slowakei:	19,6%
Durchschnittliche Wahlbeteiligung in der EU bei der Europawahl 2009:	43%

Anteil der Schüler, die der Studie „Später Sieg der Diktatur? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen“ (FU Berlin) zufolge ein positives Bild vom Nationalsozialismus haben:	ca. 10%
Anteil der Schüler, die dieser Befragung zufolge ein neutrales Bild vom Nationalsozialismus haben:	ca. 25%

Dem könnte nur die Gründung einer echten europäischen Demokratie entgegenwirken. Solange aber nur ein Europa der gemeinsamen Währung besteht, zumal mit dauerhaften wirtschaftlichen Ungleichgewichten, werden auf Dauer die nationalstaatlichen Demokratien zerstört. Im Sinne der Demokratie wäre es vernünftig, so Prof. Nullmeier, wenn Länder wie Griechenland den Euro aufgeben und damit ein Europa der zwei oder drei Geschwindigkeiten eingeleitet wird. „Das wird zwar kurzfristig wirtschaftlich und sozial schwere Zeiten nach sich ziehen, aber zugleich die Chance bieten, dass ein Land nach der Abwertung seiner Währung wieder eigenständig und demokratisch Wirtschafts- und Sozialpolitik betreiben kann“, sagt Prof. Nullmeier. •



Prof. Dr. Frank Nullmeier

Anteil der Kinder von in der BRD geborenen Eltern, die die Gleichwertigkeit von Demokratie und Diktatur ablehnen: ca. 70%
Anteil der Kinder von in der DDR geborenen Eltern, die die Gleichwertigkeit von Demokratie und Diktatur ablehnen: ca. 60%
Anteil der Kinder von im Ausland geborenen Eltern, die die Gleichwertigkeit von Demokratie und Diktatur ablehnen: ca. 5%

Twitter

Verfolgen Sie den Kongress auf Twitter.
twitter.com/dvpw_2012



Impressum

Herausgegeben im Auftrag von Vorstand und Beirat der DVPW Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft c/o Universität Osnabrück
FB 1 – Sozialwissenschaften
49069 Osnabrück

V.i.S.d.P.: Marc Raschke, Pressereferent für den DVPW-Kongress in Tübingen, info@raschke-partners.de
Redaktion: Marc Raschke, Hannah Bethke, Isabella Bauer, Tobias Müller, Christian Saathoff
Auflage: 400 Stück